

Kriegslieferungen.

Der bekannte deutsche Parlamentarier Erzberger veröffentlicht in deutschen Blättern einen Aufsatz über „Kriegslieferungen“, dessen prinzipielle Ausführungen mit Rücksicht auf andere Tatsachen auch in Oesterreich sehr beachtenswert sind. Erzberger schreibt u. a.:

Der alte Satz des österreichischen Feldherrn, daß zum Kriegführen Geld gehört, erfährt seine Bestätigung durch die Kriegskosten des heutigen Feldzuges, dessen Finanzierung auf 180 bis 200 Millionen Mark pro Tag berechnet worden ist. Es dürfte keine zweite Periode der Weltgeschichte geben, in welcher tagtäglich 200 Millionen Mark für einen einzigen bestimmten Zweck in außerordentlicher Weise umgesetzt worden sind. Wo so viel Geld rollt, wird auch viel Geld verdient. Der Krieg bringt für jede Familie unseres Volkes eine Verminderung des Einkommens und eine Schmälerung des Vermögens. Ausgenommen hiervon ist nur jene kleine Schicht, welche an Kriegslieferungen beteiligt ist, dabei Geld verdient und, sage man ganz offen, zu viel Geld verdient. Auch die Presse hat schon eine Reihe von Mißständen gerügt; so schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Viele Unternehmungen haben kostspielige Neueinrichtungen ihrer Anlagen nicht gescheut; sie haben dafür Kapitalien investieren müssen, die nach Beendigung des Krieges vielleicht wieder brach liegen werden; sie laden mit der Uebernahme ungewohnter Arbeiten, deren Selbstkosten sie vorher nicht immer genau übersehen können, manchmal ein nicht unbeträchtliches

Risiko auf sich. Und gerade bei diesen soliden und tätigen Firmen schließt die Rechnung, wenn die Lieferung erledigt ist, keineswegs immer mit einem Gewinn. Um so schwerer ist bei solchen Firmen die Klage, wenn sie sehen, daß einzelne Gesellschaften den Rahmen abschöpfen, daß diesen riesigen Aufträge, und gerade die lukrativen zufallen, während für sie oft nichts als der Abfall übrig bleibt. Diese Klage ist weit verbreitet. Mancher, den man für unparteiisch hielt, scheint eben auch jetzt noch mehr als angebracht an seine eigenen Interessen zu denken und dabei nach dem Grundfah zu handeln, daß „sein Geschäft keine Wohltätigkeitsanstalt“ sei. Kleinere Firmen und Handwerker aber, die schwer oder gar nicht an die Zentralinstanzen herankommen, fühlen sich da oft waffenlos (bei der Erlangung von Aufträgen ebenso wie bei der Erlangung von Rohmaterial).

Dieses Uebel aber wird verschärft durch einen schmarozhenden wilden Handel, der sich zwischen den vergebenden Stellen und den Lieferanten drängt und oft einen riesigen Spekulationsgewinn für sich einheimst. Es ist daselbe Uebel, das sich auch auf wichtigen Gebieten des Lebensmittels- und Rohstoffmarktes eingenistet hat und hier die schweren, gänzlich unberechtigten Preissteigerungen verschuldet. Fachunkundige Leute, die im Frieden mit diesen Waren niemals etwas zu tun hatten, kaufen in großen Quantitäten Schokolade, Kartoffeln, Kerzen, Häute und alle möglichen sonstigen Gegenstände auf, um sie mit Gewinnloszuschlagen, wenn sie durch die verschuldete künstliche Knappheit die Preise in die Höhe getrieben haben. Wirte, Pensionäre, Altfeilhändler fühlen sich berufen, Erbsen im großen auf Spekulation zu kaufen usw. Und so auch bei den Heereslieferungen. Jeder Blick in den Anzeigenteil der großen Zeitungen beweist, daß auch dafür die Beispiele sich ins Unendliche häufen lassen. Die Folgen dieses Zwischenhandels sind: Entweder wird der Preis für die Heeresverwaltung verteuert, oder das Entgelt, das dem Arbeiter für seine Arbeit und dem Unternehmer für Ueberlassung seiner Produktion und seiner Organisation zugute kommen sollte, wird geschmälert, wenn nicht — was die Regel sein dürfte — beides geschieht. Die Reichskasse wird dadurch um riesige Summen geschädigt. Die Industrie aber ist trotz der von der Militärverwaltung gezahlten hohen Preise oft nicht in der Lage, für die Ausführung der vergebenen Lieferungen ihren Arbeitern einen entsprechenden Lohn zu zahlen und für sich selbst einen angemessenen Gewinn zu erzielen.“

Es gibt nun Kreise, welche aus der Menge der Kriegslieferungen und der Höhe des dabei entstehenden Verdienstes den Schluß ziehen: die ganze Kriegsindustrie muß verstaatlicht werden. Nichts wäre verkehrter als dieses. Die vier ersten Kriegsmomente haben durch die Praxis bestätigt, daß die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ein Ding der Unmöglichkeit ist. Staatliche Werkstätten und Anlagen könnten unserem Heere das gar nicht liefern, was dieses bedarf, auch dann nicht, wenn sie in Friedenszeiten weit größer gebaut worden wären, als sie es tatsächlich sind.

Es ist Ausgabe unserer Industrie, selbst durch zweckentsprechende Organisation Fürsorge zu treffen, daß der entbehrliche Zwischenhandel ausfällt. Doch hört man auch in diesen Kreisen manchmal Folgerungen ziehen, die einen Irrtum darstellen. Die Folgerung heißt: „In Kriegzeiten ist alles teurer, also muß mehr verdient werden.“ Der Satz ist in dieser Allgemeinheit falsch. Nicht leugnen läßt sich, daß eine Verteuerung mancher Rohstoffe und Metallarten eingetreten ist; aber diese ist in der Regel künstlich hervorgerufen worden. Es hat sich jedoch schon in den drei letzten Monaten eine neue Schicht von Millionären gebildet, vor der man nicht gerade den Hut zu ziehen braucht. Hinter mancher Spende von 10.000 Mark für das „Rote Kreuz“ steht eine unberechtigte Millionenspekulation an Kriegslieferungen. Wenn man hier und dort hört, daß einer im Frieden 5% verdient und darum jetzt 10% verdienen muß, so ist das unbegründet. Heute muß jedes Unternehmen froh sein, wenn es sich überhaupt über Wasser halten kann. Wie viele Vermögen gehen im Kriege verloren, wie viele werden erheblich geschmälert? Wer heute seinen Betrieb fortsetzen kann, soll dankbar sein dafür, daß er sich in einer überaus günstigen Lage befindet. Wenn ein bestimmter Industriezweig dem Kriegsminister kürzlich erklärte, daß er diesen und jenen Wünschen bezüglich der Preisgestaltung nicht entsprechen könne und lieber den Betrieb schließe, so ist auf eine solche Drohung nur die eine Antwort möglich: Beschlagnahme der Materialien dieser Betriebe und Entschädigung zu den denkbar niedrigsten Preisen und die öffentliche Annagelung solcher Betriebe an den Schandpfahl der wucherischen Ausbeutung der Not des Vaterlandes. Wir führen den Krieg gegen unsere äußeren Feinde mit aller notwendigen Rücksichtslosigkeit. Den Krieg gegen solche unwürdigen Schädlinge im Inneren kann man noch rücksichtsloser führen. Der Satz: „Im Kriege muß mehr verdient werden, als im Frieden“ ist unwahr und spottet jeder Vaterlandsliebe. Dieses gilt sowohl für den Unternehmer, als auch für den Arbeiter. Es sind Fälle bekannt geworden, daß in einzelnen Betrieben infolge Arbeitermangels die Arbeiter 50% Lohnerhöhung forderten. Dieses Verhalten läßt sich ebensowenig rechtfertigen, wie das des wucherischen Zwischenhändlers und des übervorteilenden Unternehmers.

Auch in Oesterreich mögen Erzbergers Ausführungen bedacht werden; bei uns soll der Kampf gegen allzu gewinnstüchtiges Unternehmertum und gegen unberufenen Zwischenhandel nicht minder energisch geführt werden als in Deutschland. Wucher ist Frevel; in Kriegszeit doppelter und dreifacher Frevel. Und dreifacher Frevel ist es auch, bei hohen Preisen elende Ware zu liefern. Es darf bei uns nicht mehr vorkommen, daß die Soldaten gegen Militärlieferanten eine Klage erheben müssen, wie sie jüngst in einem von der Militärbehörde jenzurierten Brief des Berichterstatters der Grazer „Tagespost“ zum Ausdruck kam, in einem Brief, der betraute: „Empörung herrscht über einen Teil der letzten Schuhlieferung. Ich habe selbst

gesehen, daß bei neuen Schuhen nach einem Zwanzig-Kilometer-Marsch die Sohlen weg waren und mit Spagat angebunden werden mußten. Es herricht darum allgemeine Klage bei den heimischen Regimentern. Viele Soldaten müssen in der Kälte leichte Schuhe tragen. Ich bitte im Namen der heimischen Soldaten, die an der Front Leib und Leben für alle einsetzen, öffentlich zu protestieren gegen gewissenlose Militärlieferanten.“